



## Newsletter der Bürgerinitiative Ja zur Fähre - Nein zur Brücke e.V.

Liebe Gleichgesinnte,

die erste Jahreshälfte 2026 geht nicht langweilig zu Ende: Es gibt Rekordhitze, Unwetter, Fährausfälle und eine frühestmöglich nach Hause fliegende Nationalmannschaft usw. Auch das uns alle beschäftigende Bauvorhaben „Elbbrücke“ entwickelt sich zurzeit mit großer Dynamik.

Nach Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses (PFB) durch den Landkreis Lüneburg formiert sich eine Front des Widerstandes gegen das Vorantreiben der Baupläne. Mittlerweile hat sich die Gemeinde Neu Darchau zur Klage durchringen können. Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) klagt gemeinsam mit unserer Bürgerinitiative gegen die Lüneburger Pläne. Auch private Klagen sind eingereicht - von beiden Seiten der Elbe.



### Fragen aus Neu Darchau legen Konfliktlinien offen

Die neueste Entwicklung hat die gleiche Stoßrichtung: Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wird auch gegen den PFB aus Lüneburg klagen. So entschied es am 29.06.2026 der Kreistag in Lüchow mit beachtlicher Mehrheit. Wir Brückengegner waren in großer Zahl anwesend und ließen durch Fragen, Meinungsbekundungen und (später: untersagten) Beifall keinen Zweifel an unserer Position. Der Kreistag saß rund 50 Kilometer von Neu Darchau entfernt zusammen - sicherlich war das uns im nördlichsten Landkreis-Zipfel bewegende Thema nicht jedem Kreistags-

Mitglied in seinem Konfliktgehalt und in seiner Brisanz bewusst. So war es gut, dass schon in der vorgeschalteten Einwohnerfragestunde das Thema Brücke angeschnitten wurde. Aus Neu Darchau stammende Kreistagsabgeordnete (KTA K. Peters, Bürgermeister R. Siebolds) beteiligten sich durch eindringliche Beiträge an der Aussprache.

## Phrasendrusch gegen Nebenwirkungen und Spätfolgen

Still wurde es bei dem Hinweis, dass infolge einer (teilweisen) Übertragung der Baulast fünf Jahre nach Bau einer Brücke über eine halbe Million Euro jährlich an Unterhaltungskosten anfallen würden. Das zehre den kompletten Reparatur-Etat für den gesamten Landkreis in einem Mal auf und ließe keinen übrigen Cent für weitere Straßenbauarbeiten. So deutlich waren die Spätfolgen eines geduldeten Brückenbaus den meisten KTAs noch nicht aufgezeigt worden (zu Risiken und Nebenwirkungen wissen nämlich Arzt und Apotheker auch nicht viel ...).

Den inhaltlich soliden Beiträgen der Vertreter Neu Darchaus stand der zu erwartende Phrasendrusch von C. Carmienke und U. Dorendorf (beide CDU) gegenüber - das meiste wurde schon oft gehört und verdient hier keinen Neuaufguss. Über drei Teilvorhaben wurde nach intensiver Debatte getrennt abgestimmt, und alle Schritte fanden große Mehrheiten:

## Kreistag Lüchow – DAN bekräftigt Klage gegen Brücke

- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wird gegen den Lüneburger PFB klagen (hierzu wird er sich an eine spezialisierte Anwaltskanzlei wenden und somit auf externe Expertise zurückgreifen; aus der Rechtsabteilung unseres Landkreises kam die Erläuterung, dass zur Fristwahrung die Klage bereits bei dem zuständigen Gericht in Lüneburg eingereicht ist. Die Begründung muss erst in den kommenden Wochen folgen.

- Auch die so genannte „Brückenvereinbarung“ soll auf den juristischen Prüfstand. Sie besagt u.a., dass ein Brückenbau nur verwirklicht werden kann mit einer Umfahrung von Neu Darchau. In der Vergangenheit entzündete sich Streit an der Frage, ob die jetzt geplante Streckenführung der Definition einer Umfahrung entspricht, oder ob der geplante „Durchstich Bäckerweg“ nicht den zu Neu Darchau gehörenden Ortsteil Katemin durchquert und zerschneidet. Weitere Arbeit für die Juristen ...

- Nach Inbetriebnahme einer Brücke verursacht diese zunächst kaum Unterhaltungskosten. Ins Geld gehen solche erst in der Zeit danach (NB: kompletter Neuanstrich der Dömitzer Brücke nach etwa zwei Jahrzehnten erforderlich – Fahrbahnerneuerung dort im Herbst 2026 – das kostet !!).

Es ist beabsichtigt, dass nach fünfjährigem Betrieb der Elbbrücke die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg mit Sitz im aufgefrischten Prachtbau in Lüneburg (kein Witz!) über die Verteilung der Straßen-Unterhaltungskosten entscheiden wird - bei einem Brückenprojekt, das zu zwei Dritteln auf Lüchow-Dannenberg Gebiet liegt.

## Lüneburg bestellt: Lüchow – DAN will nicht bezahlen

Das Ergebnis ist heute schon genauso vorhersehbar wie der Erlass des Planfeststellungsbeschlusses durch den Landkreis Lüneburg für sein eigenes Bauvorhaben. Der Kreistag beschloss, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Kostenaufspaltung schon heute Gespräche aufnehmen solle.

Wiederholt war bei der Kreistagssitzung das Gewäsch zu hören, dass statt (juristischer) Konfrontation mit den Lüneburger Bauwilligen der (politische) Dialog zu favorisieren sei. Aus der Sicht von uns Brückengegnern ist die Phase der Gespräche längst ausgereizt - es ist nun an den Instanzen der Verwaltungsjustiz, in der nicht enden wollenden Kontroverse zur Brücke Recht zu sprechen. Und wie war doch in der Fragestunde (an die Lüneburger Brückenfreunde gerichtet) zu hören: „Wer merkt, dass er ein totes Pferd reitet, sollte allmählich absteigen!“

